

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 08 88 846 ppbn d



Inhalt

Egon Franke MdB, Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, zum Wechsel in der Spitze der Ständigen Vertretung in Ost-Berlin: Mit Hingabe und starkem Engagement.

Seite 1/2

Marie Schlei MdB, Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, setzt sich dafür ein, daß beide deutsche Staaten Verhaltensweisen entwickeln, die dem Interessenausgleich zuwiderlaufen: Kein Anlaß zur Kursänderung gegenüber der DDR.

Seite 3

Erwin Stahl MdB, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesforschungsministerium, zur IEA-Energie-Gruppenstrategie: Unsere Scherpunktsetzung bestätigt.

Seite 4/5

Martin Schmidt MdB, Vorsitzender des Agrarschusses, kommentiert den Agrarbericht 1981: Wider die Verallgemeinerer.

Seite 6/7

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0228) 8 12-1

36. Jahrgang / 26

6. Februar 1981

Mit Hingabe und starkem Engagement

Zum Wechsel an der Spitze unserer Ständigen Vertretung in Ost-Berlin

Von Egon Franke MdB
Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen

In diesen Tagen vollzieht sich an der Spitze unserer Ständigen Vertretung bei der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik der personelle Wechsel, wie ihn umgekehrt die DDR an der Spitze ihrer Bonner Vertretung schon vor gut zwei Jahren vorgenommen hat. Nun nimmt Günter Gaus Abschied von dem Amt, dem er nach Errichtung als erster fast sieben Jahre lang mit großem Ernst, mit weithin sichtbarem Einsatz, ja man darf ruhig sagen: mit Hingabe gedient hat. Seine Nachfolge tritt Klaus Bölling an, wie Gaus von Hause aus kein "gelernter" Staatsbeamter, sondern Journalist mit starkem politischem Engagement.

So ungewöhnlich die Aufgabe war, die Gaus nach dem Inkrafttreten des Grundlagenvertrages übernahm, so außerordentlich, über das Übliche hinausgehend war und bleibt auch das, was er im Dienste dieser Aufgabe geleistet hat. Jener Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik bestimmte in seinem Artikel 8, die beiden Staaten "werden ständige Vertretungen austauschen", die am Sitz der jeweiligen Regierung zu errichten seien. Die damit zusammenhängenden Fragen sollten zusätzlich geregelt werden.

Diesem Zweck dienten die Verhandlungen, die Gaus Ende November 1973 mit dem Stellvertretenden Außenminister der DDR, Nier, zu führen begann. Sie endeten mit der Unterzeichnung des Protokolls über die Errichtung der Ständigen Vertretungen am 14. März 1974. Bis zur Akkreditierung von Staatssekretär Gaus als Leiter unserer Ständigen Vertretung in Ost-Berlin vergingen dann noch einmal drei Monate.



In dem erwähnten Protokoll sind unter anderem die Aufgaben niedergelegt, die den Ständigen Vertretungen obliegen. Sie umfassen unter anderem, die Interessen des Entsendestaates im Gastland zu vertreten, wozu nicht zuletzt auch Hilfe und Beistand für Personen gehören. Nach der Eröffnung der Ständigen Vertretung zeigte sich, daß hier ein breites Betätigungsfeld darauf wartete, beachtet zu werden, und Staatssekretär Gaus und seine Mitarbeiter nahmen diese Mühe mit großem Verantwortungsbewußtsein auf sich.

Bald traten zu diesen Aufgaben besondere Verhandlungsaufgaben hinzu, die vor allem der Verbesserung der Verkehrswege von und nach Berlin (West) galten. Gaus hat auf diesem Gebiet schwierige und komplexe Verhandlungen geführt und dabei Erhebliches zum Wohle Berlins und der Menschen in der DDR geleistet. Für Berlin, eine andere nationale Aufgabe von hohem Rang, wird er künftig als Senator für Wissenschaft tätig sein.

Die Würdigung von Gaus' Tätigkeit als Leiter unserer Ständigen Vertretung in Ost-Berlin wäre indes unvollständig, ohne die zutiefst von seiner Persönlichkeit geprägte Komponente anzuführen, die er in das Amt eingebracht hat: Seine Sensibilität für die Menschen seines Gastlandes, die er als deutsche Landsleute erfuhr, und seine Fähigkeit, diese Erfahrung an seine Gesprächspartner aus der Bundesrepublik weiterzureichen. Mögen seine politischen Schlußfolgerungen zuweilen auch problematisch, jedenfalls nicht unumstritten gewesen sein, niemand wird Günter Gaus seinen Respekt für die zugleich humane und patriotische Leidenschaft versagen, mit der er das Amt ausgeübt hat.

Staatssekretär Klaus Bölling tritt die Nachfolge bestens gerüstet an. Er hat die letzten Monate genutzt, um sich gewissenhaft und intensiv in die Einzelheiten der Materie einzuarbeiten, nachdem er als Regierungssprecher und Leiter des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung in den letzten Jahren ohnehin schon des öfteren mit innerdeutschen Fragen befaßt gewesen war. Seine politische Qualifizierung steht außer jedem Zweifel, ebenso sein über das Übliche hinausgehendes persönliches Engagement.

Beides ist unbedingt vonnöten, denn Ost-Berlin ist und bleibt ein Posten, der Außergewöhnliches verlangt. Ich vertraue auf die Entschlossenheit von Staatssekretär Bölling, neben der nötigen Energie und Beharrlichkeit auch die nicht minder unerläßliche Geduld aufzubringen, damit die innerdeutschen Beziehungen diese schwierigen Zeiten möglichst unbeschadet überstehen und genügend Ansatzpunkte für weitere Fortschritte zum Wohle der Menschen und im Interesse des Friedens in Europa erhalten bleiben. (-/6.2.1981/ks/ca)

+ + +



Kein Anlaß zur Kursänderung gegenüber der DDR

Die Deutschen Staaten müssen Verhaltensweisen entwickeln, die dem Interessenausgleich nicht zuwiderlaufen

Von Marie Schlei MdB

Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion

Auf der Grundlage der mit der DDR geschlossenen Verträge wird der Prozeß der Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR fortgesetzt. Da, wo Normalisierung noch nicht erreicht werden kann, muß Versachlichung herbeigeführt werden.

Um das mit den Verträgen Geschaffene zu erhalten und fortzuentwickeln, müssen sich beide Regierungen ein hohes Maß an Dialog- und Verständigungsbereitschaft bewahren und Verhaltensweisen entwickeln, die dem Interessenausgleich nicht zuwiderlaufen.

Rückschläge und Enttäuschungen sollten bei uns nicht dazu führen, daß Politik durch Larmoyanz ersetzt wird. Die Ausgestaltung zwischenstaatlicher Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten und die Lösung der dabei auftretenden Probleme finden nicht im luftleeren Raum statt. Beide deutsche Staaten sind Mitglieder unterschiedlicher Bündnisse und ihre Politik kann immer nur eine in jeweiligen Bündnis abgestimmte Politik sein. Ihre Fortsetzung kann deshalb nur unter Berücksichtigung der gegebenen Rahmenbedingungen der weltpolitischen Gesamtlage geschehen.

Das Netzwerk der Verträge hat Bindungen und Verbindungen geschaffen, es hat viel Gutes und Vorteilhaftes für die Bürger in beiden deutschen Staaten und uns alle etwas näher gebracht.

Niemand sollte vergessen, daß, gemessen an der Stunde Null der Deutschlandpolitik der sozial-liberalen Koalition, da die verkrasteten und verkrusteten Gräben als nahezu unüberwindlich galten, Großartiges für die Entspannung zwischen beiden deutschen Staaten und für die in diesem geteilten Land lebenden Menschen, ganz besonders für die Berliner geleistet worden ist. Vieles gehört heute zum Alltag. Die mit den Verträgen vereinbarten Maßnahmen bei der Verbesserung der Verkehrswege, der Transit- und Wasserstraßen, dem Telefonnetz werden zügig verwirklicht. Dies alles läuft normal.

Die Fachkommissionen, die über diese Vereinbarungen zu wachen haben, arbeiten regelmäßig. Das Viermächte-Abkommen und das Transitabkommen haben sich bewährt. Aus ihnen erwächst jene Lebensfähigkeit Berlins, die für den Bürger in Berlin etwas ganz Konkretes, etwas persönlich Erfahrbares darstellt.

Lebensfähigkeit ist Freizügigkeit, das ist die offene Tür zur Bundesrepublik Deutschland, das sind die freien Verbindungswege und zwar die völkerrechtlich verbindlichen, von jeder Behinderung befreiten Transitwege. Das Transitabkommen von 1971 garantiert den Austausch von Gütern und vor allem die Versorgung der Bürger Berlins. Es ist eines der Abkommen, das jeden Berliner und Millionen Bürger in der Bundesrepublik direkt berührt. Im Jahre 1980 wurde eine Rekordzahl bei der Benutzung der Transitwege erreicht. Rund 20 Millionen Deutsche fuhren zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Berlin sicher hin und her.

Dieser Tage gab der französische Präsident Valéry Giscard d'Estaing dem französischen Fernsehen ein Interview, in dem er unter anderem sagte: "Ich verstehe sehr gut, daß die innerdeutschen Beziehungen für die Regierung der Bundesrepublik eine sehr wichtige Frage sind, die berücksichtigt werden muß. Die Regierung jedes Landes, das sich in einer solchen Lage befinden würde, würde dasselbe tun."

Auch durch die Worte des französischen Präsidenten sehen wir uns darin bestätigt, daß es keinen Anlaß gibt, den positiven Kurs gegenüber der DDR zu ändern. (-/6.2.1981/ks/ca)

+ + +



Unsere Schwerpunktsetzung bestätigt

Energie-Gruppenstrategie fand Zustimmung aller IEA-Länder

Von Erwin Stahl MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Forschung und Technologie

Als Reaktion auf die Ölkrise von 1973 wurde am 18. Dezember 1974, durch den Zusammenschluß von 21 Staaten, die internationale Energieagentur (IEA) gegründet. Die an ihr beteiligten Länder wollen auf dem Energiesektor verstärkt zusammenarbeiten, um ihre Energieversorgung sicherer zu gestalten und zum Aufbau einer starken Energiewirtschaft für die Zukunft beizutragen.

Die wesentlichen Aufgaben der IEA sind:

- Aufbau einer besseren weltweiten Struktur für Energieangebot und -nachfrage für Gegenwart und Zukunft;
- Förderung der Zusammenarbeit zwischen Ölproduzenten- und Ölverbraucherländern;
- Entwicklung alternativer Energiequellen durch gemeinsame Forschungs- und Entwicklungsprogramme;
- Schutz der teilnehmenden Länder gegen das Risiko einer größeren Störung der Ölversorgung;
- Verteilung des Erdöls unter den Mitgliedstaaten bei schwerwiegenden Marktstörungen.

Im Rahmen der Aufgabe, gemeinsame Forschungs- und Entwicklungsprogramme im Energiebereich durchzuführen, hat das IEA-Komitee für Energieforschung und -entwicklung vor ungefähr fünf Jahren die nun vorliegende Gruppenstrategie für Forschung, Entwicklung und Demonstration auf dem Energiegebiet initiiert. Die Strategie hat zum Ziel, die potentiellen Beiträge der einzelnen Technologien zur Energiebedarfsdeckung und insbesondere zur Erdölsubstitution festzustellen und so - unter Berücksichtigung der bestehenden Rahmenbedingungen und ihrer voraussichtlichen Entwicklung - Prioritäten zu empfehlen.

Diese Untersuchung des gesamten Energiebereichs liegt nun vor, an ihr hat auch eine deutsche Arbeitsgruppe der Kernforschungsanlage Jülich mitgearbeitet.

In die Untersuchung einbezogen wurden praktisch alle existierenden und in der Entwicklung befindlichen Energietechniken. Die technischen und wirtschaftlichen Daten von mehr als 200 verschiedenen Technologien wurden erfaßt, wobei auch von Land zu Land existierende Unterschiede berücksichtigt wurden (zum Beispiel unterschiedliche Kohlepreise, gesetzliche Auflagen und dergleichen).

Aus den Ergebnissen der Strategierechnungen wurden Empfehlungen für eine Forschungs-, Entwicklungs- und Demonstrationspolitik auf dem Energiegebiet für die Gruppe der IEA-Länder entwickelt. Höchste Priorität erhielten dabei diejenigen Technologien, die sowohl unter dem Gesichtspunkt der Kostenminimierung als auch der Energieversorgungssicherheit wesentliche potentielle Beiträge zur Energiebedarfsdeckung liefern können. Umgekehrt erhielten diejenigen Technologien geringste Priorität, die nur unter speziellen Bedingungen und nur in geringem Umfang zur Energiebedarfsdeckung beitragen können. Es ist wichtig anzumerken, daß trotz der zum Teil sehr verschiedenartigen Bedingungen in den einzelnen Ländern diese nach Prioritäten geordneten Empfehlungen die Zustimmung aller beteiligten Länder fand.



Diese Empfehlungen betonen die Notwendigkeit energiesparender Techniken, wobei neben der Weiterführung der Forschungs- und Entwicklungsarbeiten in vielen Fällen bereits die Markteinführung die wichtigste Aufgabe ist. Bei der Kohle stehen die Kohleverflüssigungs- sowie die umweltfreundlichen Techniken der direkten Kohlenutzung im Vordergrund. Hervorzuheben ist auch der hohe Rang, den die Kernenergienutzung Übereinstimmend erhält. So erscheinen fortgeschrittene Reaktorlinien wie der Schnelle Brüter in der Prioritätsstufe eins zusammen mit allen Technologien, die für den weiteren Ausbau der Leichtwasserreaktorlinie von Bedeutung sind (vor allem Reaktorsicherheitsforschung und Brennstoffkreislauf).

Der Beitrag der erneuerbaren Energiequellen kann von sieben Prozent im Jahre 1980 auf elf Prozent im Jahre 2010 wachsen, wobei aus klimatischen Gründen der Beitrag der Bundesrepublik Deutschland unter dem Durchschnitt liegt. Die Hauptbeiträge liefern die Laufwassernutzung, die Sonnenenergienutzung für Brauchwassererwärmung und Kühlung sowie die bereits angewandten Techniken der Biomassennutzung. Eine wesentliche Erhöhung des Beitrags erneuerbarer Energien scheitert an den hohen Kosten für die Bereitstellung konventioneller Systeme, die bei den unvermeidlichen klimatisch bedingten Ausfällen die Versorgung übernehmen müssen.

Die IEA-Gruppenstrategie soll eine Orientierungshilfe für die nationalen Energieforschungsprogramme der IEA-Länder sein. Sie kann zum Beispiel bei der Beurteilung der Frage helfen, welche neuen Energietechnologien unter welchen Bedingungen vielversprechend sind, und ob gegebenenfalls größere Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen erforderlich sind, um den Zeitpunkt der Markteinführung der Techniken vorzuverlegen.

Die umfangreichen Berechnungen haben gezeigt, daß die Ölimporte in die IEA-Länder erheblich reduziert werden können; obwohl der Energiebedarf der IEA-Länder als steigend angenommen wurde. Verständlicherweise haben dabei die bereits vorhandenen Technologien zur Energieeinsparung kurzfristig gesehen den größten Effekt, auf längere Sicht jedoch kann nur der Einsatz neuer Technologien die Ölimportabhängigkeit spürbar verringern. Auch konsequenter Einsatz von Technologien der rationellen Energieverwendung kann unsere Ölimportabhängigkeit nicht ausreichend verringern. Diese im Prinzip heute bereits alle vorhandenen Technologien können uns nur die notwendige Atempause zur Entwicklung der dringend erforderlichen neuen Technologien - vor allem auch im Bereich der Energiebereitstellung und Energieumwandlung - verschaffen. Die langen Entwicklungszeiten, die gerade für einige neue Technologien mit besonders hohem potentiellen Beitrag zur Energiebedarfsdeckung gelten, dürfen nicht dazu verführen, bei den Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen nachzulassen. Die Empfehlung lautet vielmehr, die Entwicklungsarbeiten soweit wie möglich zu beschleunigen.

Für die Bundesrepublik Deutschland und ihre Regierung ist besonders erfreulich, daß die Ergebnisse der IEA-Gruppenstrategie unsere bisherige Schwerpunktsetzung in der Energieforschung im wesentlichen bestätigen. Zur Zeit werden von der Kernforschungsanlage Jülich die Ergebnisse speziell für die Bundesrepublik Deutschland zusammengestellt und zur Veröffentlichung vorbereitet. (-/6.2.1981/ks/oa)

+ + +



Wider die Verallgemeinerer

Einkommensentwicklung bei den Landwirten kein Grund zum wehklagen

Von Dr. Martin Schmidt MdB

Vorsitzender im Bundestagsausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Der diesjährige Agrarbericht, den wir in diesen Tagen erhalten, gibt Anlaß zu der Feststellung, daß die Einkommensentwicklung in der deutschen Landwirtschaft erhöhte Aufmerksamkeit verlangt, aber kein übersteigertes Wehklagen rechtfertigt.

Wie immer werden sich in den nächsten Tagen in den Medien und in der Politik die Verallgemeinerer zu Wort melden. Wie immer nehmen sie sich nicht die Zeit, sich die Ergebnisse vor ihren Stellungnahmen genau anzusehen und auf diejenigen Probleme einzugehen, die in der deutschen und europäischen Landwirtschaft und Agrarpolitik tatsächlich vorhanden sind.

So muß man zum Beispiel, wenn man über die Einkommensentwicklung in der Bundesrepublik im Wirtschaftsjahr 1979/80 spricht, darauf hinweisen, daß die Einkommen in süddeutschen Betrieben weiter angestiegen sind und die Rückschläge in erster Linie die größeren einkommensstarken Betriebe im Norden des Bundesgebietes betreffen, die im Jahr vorher nicht schlecht abgeschnitten hatten. Die Entwicklung der wirtschaftlichen Situation der Nebenerwerbslandwirte kann nach den vorliegenden Ergebnissen nicht anders als zufriedenstellend bezeichnet werden.

Keiner kommt sodann zur Zeit an der Tatsache vorbei - und auch darüber informiert der Agrarbericht - , daß sich die Preise für Treibstoffe im vergangenen Wirtschaftsjahr gegenüber dem Vorjahr um ein Drittel erhöht, die Preise für andere Betriebsmittel ebenfalls deutliche Steigerungsraten und sich die Zinsen erhöht hatten. Wenn dann, wie in den norddeutschen Betrieben, gleichzeitig die Ernten schlecht waren, hat dies natürlich spürbare wirtschaftliche Auswirkungen.

Und noch ein weiterer Punkt:

Man kann doch nicht die Augen vor der Tatsache verschließen, daß die Überschußzeugung von Milch in der EG erneut angewachsen ist. Nur mit unvertretbar hohem finanziellen Aufwand konnten die Läger von Milchprodukten geräumt werden.



Vor diesem Hintergrund muß man Behauptungen beurteilen, die Bundesregierung setze Rahmenbedingungen, die es den Bauern nicht ermöglichen, ein angemessenes Einkommen zu erwirtschaften. Die Opposition macht jetzt ebenfalls wie andere den törichtesten Vergleich und stellt das Durchschnittseinkommen in der Landwirtschaft 1979/80 dem des Jahres 1975/76 gegenüber. In diesem Jahr hatte der durchschnittliche Einkommensanstieg gegenüber dem Vorjahr 20 Prozent betragen, nachdem schon in den vorangegangenen Jahren kräftige Einkommenserhöhungen zu verzeichnen waren. Mit der Wahl eines passenden Basisjahres für den Vergleich kann man die Öffentlichkeit immer in die Irre führen.

Die Sorgen, die die Bauernfamilien gegenwärtig haben, schiebt kein verantwortlicher Politiker der SPD beiseite. Wir vertrauen darauf, daß die Landwirte in ihrer Mehrzahl unterscheiden können, was in der gegenwärtigen Diskussion Wunschdenken, Unterstellung und realistische Politik ist. Die Bauern wissen auch, daß sie, wenngleich die Lage schwieriger geworden ist, bei einem selbständigen Beruf eine verhältnismäßig große Sicherheit haben und niemand diese Sicherheit und Eigenverantwortung gefährden will.

Wir werden aber die Agrarpolitik noch stärker darauf ausrichten, daß die Folgekosten aus Fehlentwicklungen mehr von denen getragen werden, die in der Vergangenheit davon Vorteile hatten, und denen sie zuzumuten sind. Die Agrarsozialpolitik und die Steuerpolitik sind die Bereiche, an die wir dabei denken.

Den Bauern muß gewährt werden, was ihnen zusteht. Wenn die Mehrwertsteuer in einem Wirtschaftsbetrieb ein durchlaufender Posten sein soll, geht es nicht an, daß die Landwirte, auch wenn für sie ein Pauschalierungsverfahren möglich ist, über längere Zeit mehr Mehrwertsteuer bei den Betriebsmitteln zahlen, als sie bei den Erlösen erhalten. Andererseits entspricht es allgemeinem Grundsatz, daß sich die Einkommensbesteuerung an der Leistungsfähigkeit ausrichtet. Mit einer sozial gerechteren Verwendung der Finanzmittel für die soziale Sicherung der landwirtschaftlichen Bevölkerung können wir denjenigen stärker helfen, die in einer Zeit, in der strukturelle Anpassung nicht leicht ist, Unterstützung brauchen.

Die Ergebnisse des Agrarberichtes geben uns die Möglichkeit, die Lage der Landwirtschaft genau zu analysieren. Sie bieten ebenso die Grundlage, vernünftige Vorschläge für die Agrarpolitik der vor uns liegenden Zeit zu machen. (-/6.2.1981/vo-he/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

